

Das Callshop Meeting findet am Donnerstag, 5. Mai, von 14 bis 16 Uhr im Regensburger Intercaté Runaway Luitpoldstraße 2 statt. Weitere Argumente und Infos zur Vorratsdatenspeicherung im Internet unter www.vorratsdatenspeicherung.de

Parlamentarier müssen Farbe bekennen

Vorratsdatenspeicherung: In Regensburg starten kritische Bürger öffentliche Telefonfragestunde

Von Gabriele Ingenthron

Regensburg (DK) Es ist eine neue Wortschöpfung: Callshop Meeting. Dahinter verbirgt sich eine neue Form des Protestes, bei dem sich kritische Bürger in einem Internetcafé treffen, um EU-Abgeordnete anzurufen. Am 5. Mai startet in Regensburg der bundes- und EU-weit erste Testlauf.

Für ausreichend Zündstoff ist gesorgt. Die Abgeordneten sollen zur Vorratsdatenspeicherung befragt werden. „Kommuniziert sie den Bürger? Hat sie Vorrang gegenüber der Privatsphäre? Wie beeinflusst sie Ihre Arbeit als Abgeordneter?“ Annette Schmetzler hat die Fragen erarbeitet, mit denen die Abgeordneten zu Chancen und Risiken der Vorratsdatenspeicherung interviewt werden sollen. Sie ist Studentin und Mitglied im bundesweit organisierten Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, ebenso wie ihre Kollegen Stefan Christoph, Thomas Hinterwimmer und Armin Schmid, die gestern die Aktion in Regensburg vorstellten.

Die Aktion sieht vor, dass sich die Beteiligten an einem öffentlichen Ort wie dem zentralen Internetcafé Runaway in Regensburg treffen und dort unter hoher Medienbeteiligung die EU-Abgeordneten anrufen. Dabei führen sie ein Gespräch auf der Basis eines Fragenkatalogs. „Wir haben einen Leitfaden entwickelt, falls einer so baff von der Antwort eines Abgeordneten sein sollte, dass er nicht mehr weiter weiß“, erklärt Schmid. Noch nie hat ein EU-Gesetz solch ungekannte Massenbe-

schwerden ausgelöst wie das zur Vorratsdatenspeicherung von Telefon, Mobilfunk- und Internetverbindungen. Es wurde vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ausgesetzt. In Deutschland findet daher vorerst keine Vorratsdatenspeicherung statt, die bisher gesammelten Datenbestände müssten gelöscht werden.

Vor zehn Tagen mahnte die EU-Kommission Deutschland nun an, „schnellstmöglich“ wieder ein Gesetz zur Speicherung von Telekommunikationsdaten zu beschließen. Ansonsten drohe ein Verfahren wegen der Verletzung des EU-Vertrages. „Wir wollen verhindern, dass es zu einer erneuten anlasslosen Protokollierung der Nutzer Spuren kommt“, sagt Armin Schmid vom Arbeitskreis. Laut einer Untersuchung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages gebe es „keinen Zusammenhang zwischen der Aufklärungsquote von Kriminalität“ und dem Einsatz der Vorratsdatenspeicherung, als Ermittlungsinstrument. Weiter argumentiert Schmid, „dass nur dumme organisierte Kriminelle registrierte Telefone und Handys benutzen“.

Insgesamt 45 Abgeordnete wurden per E-Mail angeschrieben, darunter sämtliche Abgeordnete aus Bayern.

München (dpa) Die Landtags-SPD fordert eine Fusion der zwei bayerischen Datenschutzbehörden – stößt aber bei der CSU auf taube Ohren. Das Landesamt für Datenschutzaufsicht in



EU-Abgeordnete aus Bayern, um sie für die Teilnahme am Callshop Meeting zu gewinnen. Von fünf Abgeordneten, alle samt Gegner der Vorratsdatenspeicherung, erhielten die Studenten bislang eine positive Antwort.

Von Regensburg aus wollen sie Druck auf Brüssel machen. Stefan Christoph, Armin Schmid, Annette Schmetzler und Thomas Hinterwimmer (von links) von der Aktion Callshop Meeting. Foto: Ingenthron

schmetzen werden, Zitate daraus der Öffentlichkeit präsentiert werden. „Das kann für alle Seiten ein Gewinn sein“, meint Armin Schmid. Zwischen den Bürgern und den Abgeordneten in Brüssel herrsche kaum Kommunikation. „Wir erreichen auf diese Weise ein hohes Maß an Partizipation auf EU-Ebene.“

Die ganze Aktion soll ein Testlauf für die neue Aktions-Richtlinie aufgehoben wird.

Der Bürger weiß nicht wohin

SPD fordert die Zusammenlegung der beiden bayerischen Datenschutzbehörden

nur, ob die bayerischen Behörden wie Schulen und die Polizei den Datenschutz einhalten. Das Landesamt überwacht dagegen den Umgang mit persönlichen Daten im nicht-öffentlichen

ren, weil der Europäische Gerichtshof die völlige Unabhängigkeit der Kontrollbehörden fordert. Während der Landesbeauftragte in der Ausübung seines Amtes unabhängig ist

tragen werde ein unabhängige Datenschutzgewährleistung. Jetzt geht der Gesetzentwurf der SPD in die Landtags-Beratung. Unterstützt werden die Sozial-